

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Sonntage Rudolf Rodanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Rönigkstr. 5. Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Postgeld. Einzige Nummer 10 Pf. — Injektion gebührenfrei. Die 7. u. 8. Kolonenseite 20 Pfennig. Sonntags, im Restamtteil Seite 75 Pfennig. Verlags- u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 50.

Halle, Donnerstag den 28. Februar 1918.

2. Jahrgang.

Zu den Friedensfragen.

Aus Berlin wird unterm 27. Februar gemeldet: An dieser autokratischen Stelle liegen bisher keinerlei Verhandlungen über ein Eintreffen der russischen Friedensdelegation in Brest-Litovsk vor. Alle Annahmen, die Verhandlungen würden schon heute oder morgen zum Abschluss kommen, seien somit den Tatsachen voraus. Die Notwendigkeit einer eingehenden Besprechung gewisser Fragen, insbesondere solcher handelspolitischer Natur wird sich noch nicht ergeben. Die deutsche Delegation, vertreten durch Geheimrat von Rosenburg, ist zur Unterzeichnung des Vertrages bevollmächtigt, wenn auch ungenügend ist, daß das Friedensinstrument auch noch vom Staatssekretär von Kühlmann nachträglich gezeichnet werden wird.

Aber die Verhandlungen mit Rumänien erteilen die Wiener Blätter sehr skeptisch. Das Kabinett Arcereus besteht zum Teil aus Entente-Freunden; doch wären die Bedingungen, die gestellt werden müßten, auch für ein anderes Kabinett nicht leicht annehmbar. Diese Verhandlungen seien zum Teil territorialer Natur, wie die Abtretung der Karpathenpässe an Ungarn, von der Dobrußa an Bulgarien, zum Teil wirtschaftlicher Natur. Aber die Vierbundmächte seien entschlossen, sich nicht in lange Verhandlungen einzulassen, um rasch eine Entscheidung herbeizuführen. Die nötigen militärischen Vorbereitungen für alle Fälle seien getroffen.

In der Debatte über das Budgetprovisorium im ungarischen Parlament behandelten sämtliche Redner die Frage der Friedensverhandlungen mit Rumänien, wobei Graf Tisza betont, daß das Lösungswort „keine Annexionen und keine Entschädigungen gegen einen solchen undankbaren, verräterischen und treulosen Bundesgenossen“ nicht anwendbar sei. Finanzminister Kovacs hob hervor, daß Ungarn selbstverständlich alle strategischen und wirtschaftlichen Vorteile zu wahren bestrebt sei werde. Doch könnten darüber zur Zeit nähere Erörterungen nicht gepflogen werden, da die Friedensbedingungen der Mittelmächte an Annahmen noch nicht befanntgegeben worden seien.

Das neue Friedensangebot des deutschen Reichskanzlers wird in den Wiener Blättern allgemein gutgeheißen und als letzte Mahnung an die Entente betrachtet, ein neuerliches Blutvergießen zu verhüten. Die Wiener Arbeiterzeitung gibt zu, daß nun Deutschland einen Schritt getan habe, der den Frieden näherbringt, wenn die Entente nur will.

Das Wiener Tagblatt bezeichnet die Rede des Grafen Hertling als von geradezu grundlegender Bedeutung für den Frieden. Die Friedensbereitschaft Deutschlands leuchte aus der Rede besonders deutlich hervor, wenn man bedenke, daß diese Worte im Angesichte des russischen Einlenkens gesprochen wurden. Die Einzigen, die ohne Mißfall aufwachtigen den Frieden wünschten, seien die Mittelmächte. Wohl enthielten die Grundgedanken Wilsons wenig bestimmte Vorurteile, es lasse sich jedoch gewiß eine Vereinfachung erkennen, mit sich haben zu lassen. Das Eingehen Hertlings auf die vier Hauptpunkte Wilsons sei der erste Schritt zur Verständigung, wenn auch vorher nur zwischen den Mittelmächten und Amerika. Der Hinweis des Kanzlers auf die Schweiz wird von dem Blatte mit schärfster Genugtuung aufgenommen.

Der Wiener Bund schreibt zu den Ausführungen Graf Hertlings bezüglich der Schweiz: Wir müssen dem deutschen Kanzler dankbar sein für seine in den Tagen größter internationaler Spannung ausgesprochenen entscheidenden und vorbehaltlosen Worte der Anerkennung der schweizerischen Neutralität. Sie werden zweifellos noch nach der anderen

Seite wirken. In den Ausführungen des Kanzlers zu den vier Grundfragen der letzten Wilsonrede sieht das Blatt eine Annäherung, die man mit größter Genugtuung aufnehmen, da sie Aussichten auf weitere Vereidigungen eröffnet.

Die Waller National-Zeitung schreibt u. a.: Man wird gerne unterstreichen, daß Hertling ohne Aufregung und mit klarem Willen zur Verständigung gesprochen hat. Er hat nirgends Satz in brennende Wunden getreut und sich nicht bemüht, sich der Linie Wilson-Gernin zu nähern. Am wichtigsten erscheint es uns, daß Hertling es offenbar verstanden, über Wilson den Weg zur Entente zu finden. Das ist zweifellos der richtige Weg, wenn man eine Verständigung finden will, und es ist auch ganz klar und sachlich begründet, daß der Kanzler auf den Gegensatz zwischen Wilson und dem Imperialismus der Entente hinweist. Das neue deutsche Friedensangebot bringt. Der Frühling muß diesmal die größte Schlacht oder den größten Frieden bringen.

Wie aus Genf berichtet wird, teilt Vetti Pariani mit, daß die französische Regierung noch vor der erwarteten Offensive eine Erklärung über den russischen Frieden abgeben werde.

In der Berliner Germania wird von den letzten Regierungserklärungen über Belgien gesagt, sie seien den Belgiern sehr weit entgegengekommen. Der Reichskanzler gab der belgischen Regierung in der Sache einen sehr beachtlichen Hinweis, daß er zu Verhandlungen bereit sei. Es sei aber nicht wahrscheinlich, daß die belgische Regierung der freundlichen Einladung Folge leisten werde, weil sie sich zu sehr der Entente verpflichtet und ausgerüstet habe und weil sie mit uns nicht frei verhandeln könne.

In der dänischen Presse findet die Reichskanzlerrede des deutschen Reichskanzlers eine außerordentlich günstige Aufnahme. Nationaltidende hebt hervor, daß der Reichskanzler diesmal in weit veränderlicherem Tone gesprochen habe, und daß Hertling hoch sich in der Hauptfrage auf den gleichen Standpunkt wie Gernin gestellt; das sei namentlich in bezug auf die Wilsonrede. Das Blatt führt aus: Hertling machte eine Reihe von Bemerkungen zu den von Wilson aufgestellten vier Grundfragen. Diese Bemerkungen zeigen deutlich, daß nicht ein preukaiserlicher Staatsmann vom Typ Bismarcks zur Zeit Reichskanzler sei, sondern ein Süddeutscher und katholischer Philosoph. Ueber Einzelheiten der Rede kann selbstverständlich nicht berichtet werden, aber in der Hauptfrage ist sie eine Friedensrede. Der Reichskanzler forderte deutlich die freifriedlichen Mächte auf, ihre Staatsmänner am grünen Tisch nieder und auf der Grundlage der vier Wilsonschen Grundbedingen verhandeln zu lassen. Erst abladet schreibt unter anderem, der Sieg Deutschlands ist vollstänndig. Es ist nach Wien, sogar Belgien, abt es aber noch jemanden, der oerinnt auf den schließlichen Ausfall sein kann? Nun muß selbst ein Blinder sehen, daß Deutschland aegal hat. Kann jemand die Aufgabe ableugnen, daß Deutschland unbesiegt ist und seine Macht nicht wanken darf? Selbst ein Clemenceau oder ein Lloyd George wird nicht bestreiten können, daß es nicht nur ein Balkanfilm, sondern auch ein zerschlagenes Europa gegen die ganze Weltmacht ist. Die Reichsdeklaration nach den alten absichtlichen Methoden fortzuführen? Im Anbetracht dessen kann man mit einem gewissen Recht in der letzten Rede des Reichskanzlers einen Hoffnungsstrahl erblicken. Was für Kraft und Leben abt, ist die Grundlage der schwerwiegendsten Tatsachen, aus der er hervorgeht: Die Wahrheit muß doch einmal ein Wort mitzuspochen haben.

Wie es in Petersburg aussieht?

Berlin, 28. Februar. Jüdische Blätter melden aus Petersburg: Die Stadt ist in fieberhafter Erregung. Die Sirenen heulen und die Glocken läuten Sturm, um die Soldaten zusammenzurufen. Automobile mit Bespannten fahren durch die Straßen; die Bespannten sind fast ausschließlich Arbeiter. Die Soldaten folgen nur spärlich der Einladung zu den Straßen. Arbeiterfrauen durchziehen während und während der Straßen und schreien: „Wir haben kein Brot, wir hungern!“ Man sagt, die Deutschen würden bald in Petersburg sein, dann werde es auch Brot für alle geben.

Dasgen, den 28. Februar. Der Corriere della Sera meldet aus Petersburg: Die Kunde von der Einnahme Pleskau (Nisow) durch die Deutschen hat in Petersburg eine Stimmung erzeugt, die an Bergstimmung grenzt. Pleskau war der Sitz des Oberkommandos der Nordfront und barg ungeheure Lager von Kriegsmaterial aller Art, sowie Lebensmittel, hunderte von Batterien, gewaltige Mengen von Munition; alles ist unerschert in die Hände der Deutschen gefallen. Schwedens, den 28. Februar. Nach Meldungen aus Selingfors herrscht dort große Besorgung unter dem russischen Militär wegen der Einnahme Rosals. Es wird befürchtet, daß sich die Deutschen der bei Seeborg eingetrossenen Flotte bemächtigen. Die russischen Matrosen machen große Anstrengungen, die Schiffe flott zu bekommen, besonders die modernen Dreadnoughts „Republik“ und „Petropawlowitsch“. Von Petersburg ist Order eingetroffen, daß aus Kronstadt eine Entladung abgesehen werde.

Der deutsche Vormarsch in Rußland.

Nun bemang man auf der Karte von ungenühen Vorwärtzdrang des deutschen Heeres zu sehen. Erte, die noch vor wenigen Tagen in weiter Ferne zu liegen schienen, sind heute von den Spigen und morgen von dem Gros der Marschkolonnen durchfahren. Es ist ein atemberaubendes Tempo, das die Kolonnen der Wehrer vom Hoch der Woten Gebirge einschließen haben, und das ihnen täglich neue Danks- und Segenswünsche der ersten Einwohner eintrifft. In Eiland müdet unterdessen die rote Garde weiter, ohne sich von ihrer Regierung in minderen beeinflussen zu lassen. Um lo energischer vollzieht sich der Vormarsch der Deutschen, der durch plötzlich einsetzende schlechte Witterung, Schnee, Regen und starke Temperaturschwankungen nicht aufzuhalten werden kann. Selbst die hochalpinen Gebirge werden nach und nach offiziell vorwärtsgerückten Kolonnen, die sich trotz dem ausbreiten und starke fliegende Abteilungen mit Artillerie und Maschinengewehren vorausschicken, stehen größtenteils bereits in der allgemeinen Linie Westban-Dorpat-Nebel. Das schnelle Vordrängen der Verbände hat nirgends zum Verhören der Verbindungen geführt. Alle Kolonnen stehen in sich und mit den Nachbarkorpsen trotz den gewaltig und täglich anwachsenden Entfernungen unangestrengt in Verbindung. Besonders bedürft hat sich die Beförderung geschlossener größerer Truppenkörper auf den sogenannten Panzertzügen. Kilometerweit stehen solche Schützenkolonnen durch die Wälder und ausgefahrenen Stämme Eilanden und durch Violanda freundliche Hügel.

Der eingeschnürte Proporz.

Von Max Quard.

Wenn man jetzt, nachdem der Entwurf eines Gesetzes über die Zuteilung neuer Reichstagsabgeordnete an die Großstädte vorliegt, die Vorverhandlungen über den gleichen Gegenstand im ersten Bericht des Verfassungsausschusses vom 4. Juni 1917 durchliest, so kommt man zu interessanten Einblenden in den Werdegang der Vorlage.

Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Anträgen, die Verhältniswahl ganz allgemein einzuführen und auch den Frauen das Stimmrecht zu geben, hat zuerst ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei die Reform auf jene engen Grenzen zu beschränken gelüftet, die die jetzige Regierungsvorlage aufweist. Der entsprechende vorkommende Antrag lautete in der ersten Fassung „bis zur Durchführung der im Wahlgeseze vorgesehene allgemeine Verneuerung der Abgeordnetenzahl, die Wahlweise mit beiderseits freier Bevölkerungszunahme mit einer entsprechenden Normierung der Mandate unter Einführung der Verhältniswahl für diese“ zu verlesen. Im Laufe der Verhandlung vervollständigte die Antragsteller ihren Antrag durch den Zusatz hinter „Bevölkerungszunahme“, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden“. Das geschah, wie es im Verlaufe heißt, um verschiedenen Einwendungen bezüglich der Notwendigkeit der Ausübung von neu zu bildenden Proporzabteilungen nach dem Anhangen der Wirtschaftszweigen entgegenzutreten. Das heißt also: man wollte diejenigen großstädtischen und großindustriellen Wahlkreise ausgenommen haben, die nicht nur einen starken Bevölkerungszunahme, sondern auch ein zusammenhängendes Wirtschaftszweige abzuweisen. Für dieses Wirtschaftsgebiet sollte dann der Proporz eingeführt werden. In dieser Fassung wurde denn auch der Antrag nach Ablehnung aller anderen mit 16 gegen 9 Stimmen bei 2 sozialdemokratischen Stimmhaltungen angenommen. Die bekannte Reichstagsmehrheit war für den Antrag, die Rechte samt Nationalliberalen gegen ihn. Und aus den Verhandlungen ergibt sich, daß die Beschränkungen der Reform auf 28 Wahlkreise, welche die Regierungsvorlage bringt, durchaus dem Wortlaut und dem Sinne des Verordnungsbeusses im Verfassungsausschuß entspricht. Nur die Ausdehnung der Verhältniswahl auf zusammenhängende Wirtschaftsgebiete ist von der Verneuerungsvorlage anders verhandelt und ausgeführt, als der Verlaufs lautet.

Was den ersten Punkt anbelangt: darüber bestand gar kein Zweifel bei der Mehrheit, daß nach dem Verlust des Ausnahmestills nur eine verhältnismäßige kleine Anzahl von Wahlkreisen von der Reform betroffen werden dürften. Schon der freisinnige Antragsteller meinte nach Ausweis des Kommissionsberichts, gewisse Bedenken seiner Partei gegen den Proporz würden abgemildert durch die Einschränkung des Geltungsbereichs der Verhältniswahl auf die größten, dichtest besiedelten Wahlkreise. Und aus dem Kommissionsbericht geht nicht hervor, daß irgend jemand dieser Bestimmung widersprochen hat. Noch deutlicher drückte sich der Vertreter des Reichstags aus dem Innern aus, der in der Sitzung vom 9. Mai beinahe schon dieselben Ziffern zur Begrenzung der Reform anführte, die jetzt in der Begründung der Regierungsvorlage enthalten sind. Eine Einwohnerzahl von ungefähr 250 000 Abspfen für einen Wahlkreis könne heute noch als normal gelten. Zur Zeit überschritten nur gegen 30 Wahlkreise diese Zahl erheblich. Damit war der Umfang der Reform, die man einzuführen gedachte, fast ziffermäßig genau umschrieben. Wegen weiterer Ausführungen des Regierungsvertreters, so über diejenige, daß auch die produktive Fläche zu berücksichtigen sei, kam es bekanntlich in jener Sitzung zu sehr lebhaften mobilpolitischen Auseinandersetzungen mit der Regierung. Gegen die verhältnismäßig geringe Anzahl großstädtischer Wahlkreise, die der Regierungsvertreter für rein zur Reform erklärt hatte, findet sich dagegen keine Wendung aus den Reihen der kommissionstüchtigen im schärfsten Widerspruch. Vielmehr lautete einer der fortwährenden Antragsteller: „Der realpolitische Standpunkt des jetzt Erreichbaren aus müsse man mit einer Einführung des Proporz für die größten Wahlkreise sich zufriedengeben. Mehr als ein Proportorium sei in dem jetzigen Zeitpunkt eben nicht zu erreichen.“ Der fortwährendliche Reichstagsrat sagte später hinzu: „Der Proporz solle jetzt einmal in den dicht besiedelten Wahlkreisen erprobt werden.“ Ein sozialdemokratisches Kommissionsmitglied ging jetzt auf die ziffermäßigen Angaben ein und meinte, wenn man die größten 30 Wahlkreise einschloß, so würden 18 Sitze der sozialdemokratischen Partei, 9 der unabhängigen Sozialdemokraten und 9 bürgerliche getroffen. Daraus gehe hervor, daß der Antrag in Interesse der liberalen Partei gestellt sei, die in erster Linie den Vorteil aus solcher Veränderung ziehen würde. Aber bei der Abstimmung erklärten sich auch die neun Sozialdemokraten bis auf 2 Stimmhaltungen gegen ihn richtig für den fortwährendlichen Antrag als das Erreichbare, nachdem ihre eigenen Anträge abgelehnt worden waren. Daraus geht also wiederum das Verfassungsausschusses mit demselben Ergebnis hervor, daß sich bei der Reform um die mehrheit von den Antragstellern genannten etwa 30 Wahlkreise handeln würde, und in diesem Sinne hat sich dann auch die Regierungsvorlage entschieden.

Die erste Sitzung des Reichstages am 27. Dezember 1918. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Für die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Denkschrift der Ententesofzialisten über die Kriegsziele.

Nach einer Neuentwerfung befristeter Denkschrift über die Kriegsziele. Die sozialistische und Arbeiterkonferenz der Alliierten in London angenommen hat, die Gründung eines Völkerbundes, unter dessen Kontrolle die Völker ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen.

Die Denkschrift unterliegt dem Anspruch der italienischen Bevölkerung in Österreich-Ungarn, mit Italien vereint zu werden. Vielleicht werden Verhandlungen notwendig sein, um die legitimen Interessen des italienischen Volkes in dem benachteiligten Meer zu sichern.

Immer eine Bevölkerung der gleichen Rasse und Sprache vereint zu werden verlangt, solle es gelingen. Alle diese Völker müßten volle Freiheit haben, ihre Geschicke zu bestimmen. Die Völker sollten einen Bund abschließen, der die Welt in Frieden und Wohlstand zu bringen vermag.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Dagegen meint die Regierungsvorlage nicht dasjenige zu treffen, was der Verfassungsausschuß offenbar meint, als er die Einführung der Verhältniswahl für die Reichsliste mit besonders starkem Bedenkensmoment forderte, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden.

Man hätte die Wirtschaftskreise nach dem Zusammenhange der Wirtschaftszentren entgegengerichtet, wie es im Bericht ausdrücklich heißt. Man hätte die deutliche Möglichkeit zu geben, daß je ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet je einer neu zu bildenden Proporzliste darstellte.

Starke Abnungung der Kriegsnotegeggebung.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kriegszeit ließen an die Frauenteilnahme hohe Anforderungen. Die Zusammenlegung und Folgerziehungen der deutschen Kriegsnotegeggebung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Frankreichs Aderbaunot.

Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung. Die Verhandlungen über die Reichsverfassung.

Anordnung

betr. Reichsweizenbrotmarken.

Auf Grund der §§ 57 ff. der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (R. G. Bl. S. 507) wird unter Aufhebung früherer Bestimmungen vom 3. und 11. April 1917 betr. Reichsweizenbrotmarken folgende Verordnung für den Stadtbreis Halle erlassen:

§ 1.

Die Ausgabe von Reichsweizenbrotmarken erfolgt nur an Personen, die ihren Wohnort zum Zwecke einer Reise verlassen.

§ 2.

Die Ausgabe der Reichsweizenbrotmarken erfolgt in den zuständigen Marken-Ausweisstellen gegen Vorlegung des Brausausweises. Bei Reisen bis zur Dauer von 14 Tagen werden die halbjährigen Brotmarken gegen Reichsweizenbrotmarken eingetauscht.

Bei längerer Reise, bei denen die Umstellung aus der bisherigen Reisesmittel-Versorgung erfolgen muss, werden den Reisenden unter Einwirkung ihrer halbjährigen Brotmarken Reichsweizenbrotmarken bis zur Dauer von drei Monaten ausgestellt.

Bei dauerndem Wechsel des Aufenthalts (Umzug) werden den Besorgenden auf Wunsch Reichsweizenbrot für eine kurze Frist unter Aufnahme eines entsprechenden Vermerks in der Abmeldebuchführung ausgestellt.

§ 3.

Für jeden Reisetag werden 5 Weizenbrotmarken zu je 50 Gramm Gebäd berechnet; die Ausgabe erfolgt in 50 Gramm und 100 Gramm Abgaben von Schlüsselerzeugnissen erhalten Reichsweizenbrotmarken unter entsprechender Verzinsung der ihnen zur Verzehmung freigegebenen Getreidemengen.

§ 4.

Die Gewerbetreibenden (Wäder, Goldwäber, Händler u. dgl.) sind verpflichtet, die Reichsweizenbrotmarken gegen Verabreichung von Gebäd oder Mehl anzunehmen. Dabei rechnen 50 Gramm Gebäd gleich 37,5 Gramm Mehl und 100 Gramm Roggenbrot gleich 450 Gramm Weizenbrot. Der Abnehmer von Reichsweizenbrot muss die verbriefte Menge Gebäd oder Mehl entnehmen.

Die Gewerbetreibenden haben die Reichsweizenbrotmarken sofort nach Empfangnahme durch Verschreiben der Marke in Höhe des Buchstabens „o“ in dem Worte „Brotmarken“ zu entwerfen; der abgetrennte kleinere Teil ist zu vernichten. In Gast- und Schenkwirtschaften bei der Entwertung nicht durch die Behörde, sondern durch die Person zu erfolgen, die das Gebäd an die Behörde bringt. Die gesammelten Reichsweizenbrotmarken sind unter Angabe der Zahl, des Namens und der Wohnung des Ablieferers gebündelt an die Brotmarken-Ausweisstelle (Drehauptstraße 4) abzuliefern.

Die Ausstellung von Mehl an die Gewerbetreibenden erfolgt nur für abgelieferte und wertete Reichsweizenbrotmarken.

§ 5.

Die bisherigen Reichsweizenbrotmarken verlieren mit Ablauf des 15. März 1918 ihre Gültigkeit, vom 16. März 1918 gelten nur die Marken neuen Musters (grauer Reisschaber auf blauem und rotem Grund).

§ 6.

Zurückhandlungen gegen diese Anordnung, sowie jede missbräuchliche Verwendung der Reichsweizenbrotmarken werden auf Grund des

§ 79 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft.

§ 7.

Diese Verordnung tritt am 1. März 1918 in Kraft.

Halle, den 26. Februar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Bäckereien und Konditoreien, sowie die Schlüsselerzeuger werden hierdurch aufgefordert, die für den Monat März 1918 gültigen Zuckermarken, und zwar die Schlüsselmarken mit den Anfangsbuchstaben A—Z, am Freitag, dem 1. März, und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Sonnabend, dem 2. März 1918, vormittags von 8—12 1/2 Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeßel, Zimmer 9, in Empfang zu nehmen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 27. Februar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

betr. Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 Tonnen im Monat.

Der Reichsstromfiskus für die Kohlenverteilung in Berlin hat für die Zeit vom 1.—5. März d. J. wiederum eine Einreichung von Meldungen für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts gemäß der Bekanntmachung vom 20. Februar 1918 angeordnet (Reichs-anzeiger Nr. 44).

Die Ausgabe der Meldescheine für diejenigen Verbraucher, die im Stadtbreis Halle anfällig sind, erfolgt in der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, vormittags von 9—11 Uhr. Der Preis beträgt 25 Pf. für ein Heft und 5 Pf. für eine Einzelmeldung.

Die Meldungen müssen pünktlich bis zum 5. März bei den vorgedachten Stellen eingehen.

Halle, den 27. Februar 1918.

Die Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung.

Am Anschlag an die bereits mit Stadterwerbungsstellen besetzten Plakaten des mit Linden beplanten Hauptplatzes auf dem Vorfriedhof, sollen solche Grabstellen auch auf den Ost- und Westseiten der Quartiere J, E, C, A und F, C, D, B hergerichtet werden. Es müssen daher die auf den besetzten Plakaten noch verbleibenden Grabsteine, die f. Z. ohne Zahlung einer Gebühr weiterzubehalten werden, zur Einziehung kommen.

Wir erühen, uns innerhalb der nächsten 2 Wochen mitzuteilen, wer ein Interesse an einer der vorbezeichneten Grabstellen hat, damit dem Betreffenden weitere Nachhilfe gegeben werden kann.

Halle, den 19. Februar 1918.

Der Magistrat.

Ich habe heute eine Bekanntmachung Nr. 1. 1. 2. 18 R. A. A. betreffend Höchstpreise für Getreide und Futtermittel erlassen. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsbekanntem Maße veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 28. Februar 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General **von IV. Armee-Korps:** **Sontag, Generalleutnant.**

Nachtrags-Verordnung

über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl.

Auf Grund der §§ 57—60 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (R. G. Bl. S. 507) wird für den Stadtbreis Halle zu der Verordnung vom 15. August 1917, betr. die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl folgende Nachtragsverordnung erlassen:

§ 1.

Außer Roggen- und Weizenbrot (§ 1 der vorgenannten Verordnung vom 15. August 1917) wird die Herstellung der nachbenannten 4 Brotarten zugelassen. Es werden folgende Einheitsgewichte vorgeschrieben:

1. Roggenbrot aus Roggen- und Weizenmehl 1000 und 2000 Gramm.
2. Weizenbrot aus Roggen- und Weizenmehl 1000 u. 2000 Gramm.
3. Brot aus Weizenauszugsmehl (jogenanntes Krantenbrot) 450, 900 und 1800 Gramm.

§ 2.

Bei Abgabe von Brot an die Verbraucher dürfen folgende Höchstpreise nicht überschritten werden:

1. Roggenbrot
für 2000 Gramm 0,55 M.,
für 1000 Gramm 0,43 M.
2. Weizenbrot
für 1800 Gramm 1.— M.,
für 900 Gramm 0,50 M.,
für 450 Gramm 0,25 M.
3. Brot aus Roggen- und Weizenmehl
für 2000 Gramm 0,85 M.,
für 1000 Gramm 0,48 M.
4. Brot aus Weizenauszugsmehl (jogenanntes Krantenbrot)
für 1800 Gramm 0,5 M.,
für 900 Gramm 0,60 M.,
für 450 Gramm 0,30 M.

§ 3.

Bei Abgabe von Weizenauszugsmehl an die Verbraucher darf ein Höchstpreis von 0,27 M. für 370 Gramm nicht überschritten werden. Bei Abgabe von Weizen (§ 1 der Verordnung vom 15. August 1917) beträgt der Höchstpreis für 450 Gramm 65 Pf.

§ 4.

Die Abgabe und Entnahme des Brotes (§ 1) und des Mehles (§ 3) darf nur gegen die halbjährigen Brotmarken (§ 4 Abs. 1 der Verordnung vom 15. August 1917) erfolgen. Zum Bezug von Weizen auszugsmehl und Brot aus diesem (§ 2 Ziffer 4) ist außerdem die Vorlegung eines von uns ausgeteilten Erlaubnisheftes erforderlich.

§ 5.

Zurückhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 13 unserer Verordnung vom 15. August 1917 bestraft.

§ 6.

Diese Verordnung tritt am 1. März in Kraft.
Halle, den 26. Februar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 2. März 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Am 7 1/2 Uhr Nr. 5051—6070, um 12 1/2 Uhr Nr. 6551—6870,
" 8 1/2 " " 6071—6190, " 1 1/2 " " 6671—6790,
" 9 1/2 " " 6191—6310, " 2 1/2 " " 6791—6910,
" 10 1/2 " " 6311—6430, " 3 1/2 " " 6911—7030,
" 11 1/2 " " 6431—6550, " 4 1/2 " " 7031—7100.

Halle, am 27. Februar 1918.

Der Magistrat.

S. H. Schönbach,

Ratskellergesellschaft — Schmeerstraße 1.

Habe diese Woche einen Waggon Steingutgeschirre und einen Waggon Tonwaren erhalten u. empfehle:

- Einmadebüden, Einmadeöpfe,
- Rudenformen, Mildsaften, Schüsseln,
- Mildtöpfe, Schmortöpfe mit Deckel,
- Kanindentröge, Nadtgeschirre,
- Wasservice, Küchengarnituren,
- Celler, weiß und blau,
- Sak Schüsseln, weiß und farbig.

Jerner: [924]

- Kaffeemühlen, Wirtschaftswagen,
- Fleischwölle, Kaffebrenner, Kartoffel-
- pressen, Reibemaschinen,
- weisse Emaille-Eimer mit Deckel 3 M.

Kleider- und Kostümstoffe

In Wolle, Seide, Samt- und Schleiherstoff
Große Auswahl @ Vortellhafte Preise [507]
im Kauthaus H. Elk a n., Leipziger Straße 87.

Schmiede, Schlosser

Stellmacher und Zimmerleute
werden eingestellt. [917]
Jul. Berger
Tiefbau A.-G., Bauführung Korbisdorf.

Erdarbeiter

werden gesucht durch [916]
Jul. Berger, Tiefbau A.-G.
Bauführung Korbisdorf bei Meuselwitz.

Ab Freitag den 1. März

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. Leipziger Straße 88 Fernruf 1224.

Das Rätsel von Bangalor. Henny Porten in: Edelsteine. Drama in 4 Akten.

Beginn in beiden Theatern täglich 3 Uhr

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften bezeichnenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verlebung der Interessierten der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei: Modenzettel / Frauenzeitsung / Praktische Damenmode Hauschneiderei / Sonntagszeitung / Deutsche Modenzettel

Wir bitten, bei allen Einkäufen unsere Inserenten berücksichtigen zu wollen! ++

„Schmelzers Höhe“

Eichendorffstr. 19

Auswahl des beliebtesten Haderbräu, Pfälzchen, und Pfälzener der Krone für G. G. G. G.

Familienverehr — Veranstalter für Stater.

Werte Freunde und Gäste ladet freundlichst ein Familie Dr. G. G. G.

3 Könige Varieté

Al. Klausstr. 7

Das neue humoristische Programm

Neue Stoffen: Die verheiraten Wädel, Dittelfint will sich scheiden lassen, Urkomisch! Größter Heiterkeitserfolg! Urkomisch!

Neu! Neu!

Säge

in der Westentasche!

Ersatz für Holzgestelle! Kein Feilen und Sähränken! Kein Krumm-sägen! Durchsägt jedes Holz, ob stark oder schwach! Verblüffend einfache Handhabung ohne jede Übung! Unentbehrlich für jedermann!

Stück 75 Pf. [927]

C. F. Ritter, Leipziger Straße 90.

Stadt-Theater

Freitag, 1. März 1918
Anfang 7 30 Uhr Ende 10 Uhr

Meine Frau, Die Söhnleupfalerin
Luffpiel v. Müller u. Sachs.
Gonnabend: Die verkaufte Braut.

Thalia-Theater

Gastspiel des Stadttheater-Personals

Sonntag, den 3. März 1918
abends 7 1/2 Uhr: [929]

Hasemanns Töchter
Luffpiel von M. Kronge.

Trakt neue echte [928]

Möbel aller Art

Rüchen, Schlafzimmereinrichtungen, Aufb.-Schränke, Verticos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt

R. Sadowe, Sühener Str. 7.

Schuh- und Stiefel

werden besetzt und repariert [900]

Burgstraße 48, p. r.

Die Gleichheit

Inzidenzmonatliche Frauenzeitsung Nr. 8

einzelnen

Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

An unsere Leser, Arbeiter und Parteigenossen!

Die hochpolitischen Tage unserer Zeit, das Ringen nach dem Ende des Weltkrieges und nach zeitgemäßer Erweiterung der politischen Rechte des Volkes, die notwendige Sicherstellung der Volksernährung, die Bekämpfung des Wunders, die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Klassen, die Aufnahme einer wirksamen Bevölkerungspolitik und viele andere dringliche Aufgaben rufen bei jedem patriotisch reifen Staatsbürger das Bedürfnis nach einer zuverlässig, sachlich und schnell unterrichtenden Zeitung hervor, die die bewährten Grundsätze und die Ziele des Sozialismus und der Demokratie vertritt.

Die Volksstimme hat in den acht Monaten ihres Bestehens bewiesen, daß sie unter energischer Wahrung der Prinzipien der sozialdemokratischen Partei allen berechtigten Anforderungen an eine aktuelle Tageszeitung zu genügen vermochte. Der Kreis ihrer Leser und Freunde ist in beständiger Ausdehnung begriffen. Die erreichten Erfolge und der zunehmende Umfang unserer Aufgaben machen es **allen Lesern der Volksstimme und den Anhängern der Sozialdemokratie**

zur gebieterischen Pflicht, der Volksstimme in immer weitere Bevölkerungskreise Eingang zu verschaffen. Viele Tausende Einwohner unserer Stadt und der Umgebung werden durch ihre eigenen Interessen an den Ansehluß an unsere Partei hingewiesen. Es gilt, diese Kreise zunächst zu **Lesern der Volksstimme** zu gewinnen und insbesondere die „unabhängig“ beherrschten und beeinflussten Arbeiterkreise zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zur sozialgemäßen gewerkschaftlichen Betätigung zurückzuführen.

Jeder Freund unserer Sache werbe der Volksstimme neue Abonnenten!

Halle und Saalkreis.

Halle, 28. Februar 1918.

Die „Ortslöhne“ in Halle.

Die ortsüblichen Tagelöhne haben eine vielfache Bedeutung. In der Krankenversicherung dienen sie für viele Personen zur Bestimmung der Beiträge und Leistungen, in der Unfallversicherung zur Bemessung der Renten für frühmündige Verlassene der Arbeit in bestimmten Fällen usw. Die „Ortslöhne“, wie sie jetzt die Reichsversicherung nennt, werden nach Anordnung verschiedener beteiligter Kreise und Stellen von den Oberverwaltungsämtern festgesetzt.

In Halle fand die letzte Festsetzung im Jahre 1913 statt. Die Sätze gelten heute noch, und sie betragen:

	für männliche Personen	für weibliche Personen
bis zu 16 Jahren	1,70 M.	1,20 M.
von 16—21 Jahren	2,50 „	1,50 „
über 21 Jahren	3,50 „	1,90 „

Es bedarf keines Beweises, daß diese Sätze inzwischen längst überholt sind. Die zu niedrigen Beträge führen dabei eine schwere Schädigung der arbeitenden Bevölkerung, und den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung wäre eine Aufhebung schon im Jahre 1914 fällig gewesen, sie ist aber immer wieder durch Bundesratsbeschlüsse hinausgeschoben worden. Jetzt haben die neu ernannten Minister für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft eine Verfügung erlassen, daß Preisfestsetzungen der Ortslöhne zulässig sind, die bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung gelten.

Damit sind auch die Bedenken hinsichtlich der Durchführung der Ortslöhne beseitigt. Es wird sich jetzt einer Aufhebung nicht entgegen können. Sollte wirklich nach dem Kräfte eine Ver-

billigung des Lebensunterhaltes eintreten, so können die Sätze ja wieder herabgesetzt werden. Als eine zweckmäßige und angemessene Erhöhung kann eine Erhöhung um 50 v. H. vorge schlagen werden, so daß für erwachsene männliche Personen der Betrag von 5,25 M. zu gelten hätte. Die weiblichen Löhne gewöhnlicher Arbeiter gehen hierüber noch hinaus.

Beratungen wichtiger Universitätsfragen.

Der verordnete Senatsauswahls-Ausschuß beschäftigte sich jetzt bei der Beratung des Statutenrats auch mit den preußischen Universitätsfragen.

Der Vorsitzende legte besonders Gewicht auf die seit einem Jahr beträchtlich ausgehenden Auslandsstudien an den preußischen Universitäten, wünschte aber, daß darüber die eigentlichen Geisteswissenschaftler nicht zu kurz kommen sollten.

Der Kultusminister teilte mit, daß im vierten Striegelsjahr an den deutschen Universitäten immatrikuliert waren: im Sommersemester 1917 35 530, im Wintersemester 1917/18 37 779 Studenten. Davon waren allerdings die meisten eingeschoben. Auf den Universitäten befanden sich tatsächlich nur 10 677 Studenten im Sommersemester und 9757 im Wintersemester. Im vorigen Sommersemester waren fast die Hälfte der vorhandenen Studierenden Frauen, nämlich 4203. Besonders stark ist die Beteiligung der Frauen am philosophischen Studium (über 3000). Das werde nach dem Antrag auf einen starken Überanstoß höherer Lehrkräfte führen.

Ein Fortschrittler regte die Erwidlung weiterer Beschlüsse für die Besetzung an. Mehrere konservativere Redner beantworteten ihren Antrag auf Einrückung von Parteien über die Paktung an den Universitäten. Bezw. von der Art Zeitungs- und Lampenpreis läten aus mit.

Der Kultusminister erklärte seine lebhafteste Sympathie für die Anträge, sowohl der Kontraktion wie auch der Fortschrittler. Die praktische Durchführung werde aber im wesentlichen von der Lösung der für schwierigen Personenfragen abhängen.

Ein fortschrittlicher Redner wendete sich gegen gewisse Stellen

in einem gemeinsamen Ortsbrief der deutschen Bischöfe, die die besondere Pflege der katholischen Wissenschaften verlangen. Ein Zentrumskreis vertritt die Interessen. Ein Nationalliberaler betonte die gewaltige Bedeutung des Moments der Persönlichkeits für unsere ganze Universitätsreform. Ein Bibliophiler verteidigte das Recht des härtesten Subjektivismus auf den Beschlüssen unserer Universitäten, besonders soweit die sogenannten Geisteswissenschaften in Frage kommen.

Es wurden folgende Anträge angenommen: die außerordentliche Entschädigung, wonach an den preußischen Hochschulen möglichst schon im Winter 1918/19 wissenschaftliche Vorlesungen über Politik gehalten werden sollen; die fortwährende Entschädigung, die mehr als bisher Betreuer der Pädagogik an die Hochschulen beehren werden sollen; die sozialdemokratische Entschädigung, wonach in den nächsten Etat Mittel eingestellt werden sollen zur zweckmäßigeren Ausbildung praktischer Volkswirte in leitender Stellung. Dazu sollen die nötigen Einrichtungen an den Universitäten getroffen werden, insbesondere durch praktischeren Ausbau der Seminare für Nationalökonomie, unterbehalt der theoretischen Ausbildung der Studierenden.

* Änderungen in der Druckverforgung. Der Magistrat veröffentlicht eine Bekanntmachung über Reichsbrotmarken. Danach werden zur Erzielung von Papierersparnis und zur Verhütung von Fälschungen neue Reichsbrotmarken ausgegeben. Die Länge der neuen Marken bleibt die gleiche wie bei den alten, im übrigen sind sie aber halb so groß. Zur Verwendung gelangt ein Papier mit einem durchlaufenden Wasserzeichen, das mit roten und blauen Fasern versehen ist. Der Wertpapierunterdruck bei den 50-Gramm-Marken besteht in einem grauen Adler auf blauem Untergrunde, bei den 500-Gramm-Marken in einem solchen auf rotbraunem Grunde. Im Gegensatz zu den bisherigen Marken erstreckt sich der Wertpapierunterdruck nicht nur über die einzelne Marke, sondern über den ganzen Markenbogen. Marken in diesem Umfang gelangen nicht mehr zur Ausgabe. Die Marken sind von

Hans Dampf in allen Gassen.

Erzählung von Heinrich Schöffe.

Die Rückkehr des berühmten Hans Dampf von der hohen Schule des Auslandes in seine Vaterstadt wird mit Recht als ein Hauptereignis in der Geschichte des Valenburgerischen Freistaates und, wenn man will, der gesamten europäischen Welt betrachtet. Wenigstens hielt jeder Valenburger die Angelegenheit seines Schicksals für wichtig genug, die Aufmerksamkeit der ersten Seiten mit der nächsten Wölfe zu fesseln; und keiner zweifelte einen Augenblick daran, daß die leibliche Schmälerung der alten Rechte von Valenburg oder von Valenburgerischen Patrioten das heilige Gleichgewicht der europäischen Staaten zerrissen und die Welt vom Ural bis zum Tojo in Feuer und Flammen setzen müsse. Es ist immer gut, wenn die Bürger eines auch noch so kleinen Freistaates groß von sich selber denken. Um so leistung werden sie kleinlich handeln. Denn großer Mut und kleine Tat mocht nur an Donquixotterie und Gasconade. Auch liegt es in der wahren Größe eines Staates nicht im Umfang seiner Bestellungen, sondern in der Kraft und im lebendigen Geist seiner Bewohner oder zuletzt deren, die den Stab der Herrschaft führen. Wölfe sind an sich nichts als Wullen; nur die Obrigkeit die Zahl, welche daran steht und jenen erst Bedeutung gibt.

Hans Dampf war der Sohn des verstorbenen Bürgermeisters Peter Dampf, eines der größten Staatsmänner seines Jahrhunderts. Peters hoher, menschenfreundlicher Geist hatte niemals die Ruhe von Europa unterbrochen. In einflussreicher übertrug er alle Zeitgenossen, in Urteilen war er unerschütterlich, in Entscheidungen vollkommen gerecht. In den wichtigsten Fällen kam ihm niemand gleich. Und dies alles aus dem einfachsten Grunde, weil er die erste Magistratsperson im Staate war. Nicht was er wirklich getan hat, sondern was er noch alles hätte tun können, mußte, sollte es bedürftig werden, ganze Fiktionen füllen und ihn, wo nicht über, doch neben der herrlichsten Fiktion in der Weltgeschichte setzen. Er starb zu früh für Valenburger Glanz; nur die Augenblicke seines Hochalters, Herr Bürgermeisters Tobias Koch, konnten den gerechten, doch verhängnisvollen Schmerz des Staats um den Verlust des großen Peter Dampf mildern.

Der junge Hans Dampf hatte sich auf den Schulen des Auslandes geübt, um als Patriote einst den ihm gebil-

renden Rang mit Wärdem einnehmen zu können. In Valenburg selbst war zwar eine gute Schulanstalt, jedoch diese nur für die Bedürfnisse der geringeren Bürgerklasse und der ärmeren Patriotenfamilien berechnet. Denn die Valenburgerischen Großen hatten schon längst begriffen, was spät erst andere Staatsmänner zum Grundriß ihrer Staatskunst machten: daß Aufklärung und Kenntnisse die tödlichsten Gifte sind, welche man einem Volke bedrängen könne. Europa hat den größten Teil seiner Uebel nur der Selbstironie zu verdanken. Kann diese schon in Monarchien so nachteilig sein, daß der Herrscher oft mehr als sein Minister verlor, und das der Nation oder dem Staat die fruchtbarsten und kostbarsten Sünden seines Oberherrn rüch einfließt, womit schließlich das oberste auf unterst gefolgt wird; um wie gefährlicher muß die Wirkung in Freistaaten sein!

Die Herren von Valenburg hatten daher frühzeitig schon die herrliche Einrichtung getroffen, daß jeder Volksklasse aus dem Quell der Weisheit nur eben so viel zutropfen ließ wurde, als zu Lebensnotwendigkeit und Nahrung erforderlich war. In den paar untertänigen Dörfern der freien Republik überließ man aus ansehnlicher Landesväterlicher Milde den Bauern das Recht, eine Schule zu haben oder nicht, und den Schulmeister zu belohnen oder nicht. Natürlich fanden die Landleute mit ihrem gelunden Menschenverstande die ewig richtige Wahrheit bei selbst: daß ein Bauer zum Plügel seiner Gefährlichkeit bedürfe. Sie ergründeten Genuß in Gottesfrucht und frommer Einfaßt so gut wie andere, und wurden dabei die und fett zu jedermanns Bewunderung. Ueberhaupt hat sich und mit Recht, die Regierung von Valenburg auf den ständigen Wohlstand ihres Volkes viel zu gute. Er bedrängte das Volk wie eine ihr amertante Herde, die getötet werden sollte. Je fetter der Mann, je ansehnlicher er war. In der Stadt beobachtete man das gleiche Verhältnis. Und so kam, wie von selbst, zu Valenburg wieder eine der preiswürdigsten Staatserordnungen in Flor, die nur in China, Indien, Ägypten und den berühmtesten Ländern des Orients gefandt worden ist. Nämlich der Sohn des Bauers ward wieder Bauer und konnte in Einigkeit nichts anderes werden; des Sommerknecht wird wieder Sommerknecht, des Predigers Sohn Prediger, des Kaufmanns Sohn Kaufmann, des Rathsherrn Sohn Rathsherr. Wer anders dachte, hieß ein unruhiger Kopf, ein Demagoge, oder was man nachmals Melancholiker, Raboliner und dergleichen hieß.

Diesen Geistesfrieden sicherer zu behaupten und alle Neuerungen zu verbannen, hatte man die vortrefflichsten

Genussanstalten eingerichtet, welche den Valenburgeren erst spät nachher in andern Ländern nachgeahmt wurden. Schriften und Bücher von sogenannten unruhigen Köpfen wurden mit gehöriger Vorsicht verboten; nur Gelang- und Gebetbücher, aus Kateschismen zu drucken erlaubt. Die Valenburger Zeitung erhielt nur ausländische Briefe; von Stadt und Republik Valenburg durfte kein Wortchen in der Welt ruudbar werden, damit nicht etwa ein wichtiges Staatsgeheimnis verraten werde. Nur bei Staatswahlen und wo etwas Pöbelliches ohne Gefahr von der Stadt weichen konnte, ließ die Valenburgerische Frau ins Korn, und Billia ward das Mühlrad gequirlen, andern Staaten zum Nutzen, oder künftigen Geschichtsforschern reichhaltigen Stoff zu geben. Dies erweckte dann unter den jungen Patrioten eine eide Paderisungslust.

Auch Hans Dampf war von diesem einflussreich. Aber schon die Natur hatte für diesen lebenswürdigen Jüngling alle Götter in sich. Er schien zu großen Dingen geboren. Willig ließen wir an die Spitze seiner Vorzüge das seltene Verdienst, daß er nicht nur reich war, sondern auch reiche Lettern und Poien zu bereuen hatte. Schon das stille Bewußtsein, Geld zu haben und zur Herrschaft geboren zu sein, erhebt über den großen Dauen; macht flug, gelobt, verständig, reichlich, gewaltvoll und lebenswürdig. Dinebin von angenehmer Gestalt, sah man es ihm an, wohin er auch kommen mochte, daß er um seines Selbst willen gefahren sei; in seinen Worten, in seiner Haltung, in seinen Bewegungen herrschte eine gefällige Leidenschaft, ein ungeheures Leben, welches man bei jedem andern, der von geringeren Herkommen gewesen wäre, Ungezogenheit oder Unmündigkeit genannt haben würde. Er wirkte mit edler Feinheit über alles zu sprechen, was er verstand und nicht verstand; war kenntnisvoll ohne Schwafelerei, denn er hatte keine Kenntnisse aus Romanen, Journalen und gelehrten Zeitungen geschöpft, die ihm des Lein beidseitigen Bücher erporien und doch deren Künftigkeit mitteilten. In jenen alter Grundlichkeit des Wissens fehlten ihm ohnehin Name und Beruf. Er war raffos tätig, man möchte sagen, ein quackfischerer Mensch; mißte sich in alles, wollte alles wissen, alles lernen, alles tun. — genug, er hatte jene Eigenschaften in vollem Maße die an geringeren Personen zwar für Nabelweisheit gelten aber in Valenburg nicht ohne die wichtigsten Wirkungen bleiben konnten, und als Unvollkommenheit bei großen Staatsmännern achtet werden müssen.

(Fortsetzung folgt.)

